

Bernd Rother: Willy Brandt und der griechische Widerstand

„Meine Freunde und ich haben – nicht ohne Erfolg – versucht, für Verfolgte zu intervenieren und ihren Familien ein wenig beizustehen. Mir ist dafür mehr Dank gesagt worden, als ich es verdient hatte. Ich habe lieber auf öffentliche Proteste verzichtet und dafür die Kritik derer eingesteckt, die dasselbe wünschten wie ich, wenn ich durch diskrete Aktionen konkrete Hilfe bewirken konnte.“

Mit diesen Worten umriss Willy Brandt nach dem Sturz der Obristen-Diktatur sein Engagement für den griechischen Widerstand in den sieben Jahren der Militärherrschaft. Wer das Understatement kennt, mit dem Brandt generell über seine Bemühungen sprach, Verfolgten beizustehen, nicht nur in Griechenland, sondern in vielen anderen Ländern der Welt, der wird von seiner Wortwahl nicht überrascht sein. Aber auch nicht davon, dass er viel aktiver war, als er selbst nahelegte.

Es liegt in der Natur der Sache, dass es nicht einfach ist, dies im Einzelnen nachzuzeichnen. Vieles musste im Verborgenen geschehen. Schriftliche Zeugnisse zu hinterlassen, Aktivitäten gar groß hinauszuposaunen, war nicht wichtig und manchmal überhaupt nicht geboten.

Brandt deutete dies selber an, wenn er sagte: „Ich habe lieber auf öffentliche Proteste verzichtet, wenn ich durch diskrete Aktionen konkrete Hilfe bewirken konnte.“

Aber es ist auch wahr, dass Brandts Aktivitäten zugunsten des griechischen Widerstandes nicht das Ausmaß annahm, das wir für Mitte bis Ende der 1970er zugunsten der Demokraten in Portugal und in Spanien kennen. Das hat drei ganz unterschiedliche Gründe:

Anders als 1974 folgend hatte Brandt während der griechischen Militärdiktatur führende staatliche Ämter inne (erst Bundesaußenminister, dann Kanzler), die seinen Handlungsspielraum deutlich begrenzten. Das gilt nicht nur für sein Verhältnis zu Diktatur und Widerstand in Griechenland. Auch über den Vietnam-Krieg äußerte er sich sehr zurückhaltend, solange er als Chef der bundesdeutschen Regierung die Hauptverantwortung für die Qualität der Beziehungen zum wichtigsten Alliierten, zu den USA, trug.

In Griechenland fehlte es Brandt, fehlte es der deutschen Sozialdemokratie insgesamt an einem natürlichen Ansprechpartner. Die PASOK unter Andreas Papandreou wurde erst

1974 gegründet und verstand sich dezidiert als nicht-sozialdemokratisch. Erst viele Jahre später wurde sie Mitglied der Sozialistischen Internationale. Willy Brandt stand dem radikalen Auftreten von Andreas Papandreu sehr skeptisch gegenüber. Er persönlich bevorzugte den Kontakt mit Gruppierungen der gemäßigten Linken wie der Zentrumsunion. Nur: Dies waren kleine Gruppen von Intellektuellen, ohne Massenanhänger.

Und noch etwas unterschied Griechenland von der Iberischen Halbinsel: Zu Spanien hatte Willy Brandt seit dem Bürgerkrieg, seit seinem mehrmonatigen Aufenthalt in Barcelona Anfang 1937 eine emotionale Beziehung, hatte sogar die Sprache des Landes gelernt. In Portugal stand im Sommer 1975 das Schicksal der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der KSZE, auf dem Spiel. Ein kommunistischer Putsch schien nicht unrealistisch, aber dann hätte es in Helsinki kein KSZE-Abkommen gegeben.

Griechenland erlangte nie diese Bedeutung in Brandts internationaler Politik, und in Athen hatte er keinen Mário Soares und erst recht keinen Felipe González als Partner.

Dennoch: Für Brandt war es selbstverständlich, bedrohten und verfolgten Demokraten in dem Land, das die Urform der Demokratie hervorgebracht hatte, beizustehen. Und gänzlich unbekannt war ihm Griechenland auch nicht. Im Herbst 1960 hatte er als Regierender Bürgermeister das Land besucht, dabei auch Georgios Papandreu getroffen. Andere griechische Politiker hatte er gesehen, wenn sie West-Berlin besuchten.

Dass er die Repressionen der Obristen nicht tatenlos beobachten wollte, konnte Brandt, nun Außenminister im Kabinett der ersten Großen Koalition, schon unmittelbar nach dem Putsch unter Beweis stellen. Basil Mathiopoulos, den er seit Jahren als Vertreter griechischer Medien in Bonn gut kannte, befand sich in den Tagen des Putschs mit einem Team des Norddeutschen Rundfunks in seiner Heimat. Mathiopoulos war bekennender Demokrat und stand auf den Verhaftungslisten der Obristen. Mit Hilfe von Thilo Koch und Peter Otto gelang es ihm, am 26. April 1967 in die Deutsche Botschaft in Athen zu fliehen. Bereits am nächsten Tag um 2 Uhr nachts erreichte die Botschaft die persönliche Anweisung des Außenministers Brandt, „mir – so berichtet Mathiopoulos in seinem Buch „Athen brennt“ – Asyl zu gewähren und alle notwendigen Verhandlungen mit den griechischen Behörden durchzuführen, die für meine sichere Rückkehr nach Bonn erforderlich seien.“

Willy Brandts Äußerung auf einer Pressekonferenz: „Militärdiktaturen haben innerhalb der NATO keine Zukunft!“ wurde in diesen Tagen an die Mauern und Hauswände der Innenstadt von Athen

geschrieben. Das Tauziehen um Mathiopoulos' Ausreise dauerte zwei Wochen. Am 9. Mai wandte sich das Auswärtige Amt an die Griechische Botschaft in Bonn. Dem Botschafter wurde „unmißverständlich erklärt, daß die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber dem Regime an dessen Verhalten mir gegenüber abmesse“, so Basil Mathiopoulos weiter. Zwei Tage darauf, am 11. Mai 1967, konnte er endlich nach Deutschland ausreisen.

Sein Fazit wenige Monate später in dem erwähnten Buch lautete: „Wahrhaftig, in meinem Fall wurde nicht geredet, da wurde gehandelt.“ Erst nach der Ausreise von Mathiopoulos erkannte die Bundesregierung die Junta an. Übrigens: Osteuropas Kommunisten waren weniger zögerlich; ihre Regierungen erkannten die Junta umgehend an.

Im Juni/Juli 1967 liefen im im Auswärtigen Amt Gespräche über Subventionen für eine griechischsprachige Tageszeitung, die sich an die 250.000 in Westeuropa lebenden Griechen wenden sollte. Das Projekt wurde insbesondere vom DGB unterstützt – vielleicht hören wir davon noch mehr. In Brandts Umgebung wurde überlegt, ob sich das Bundespresseamt an der Finanzierung beteiligen könnte. Ergebnisse sind in den Akten aus Willy Brandts Nachlass nicht festgehalten.

Mitte Oktober 1967 nahm Brandt im Bundestag zur Lage in Griechenland Stellung: „Die Entwicklung in Griechenland hat uns mit großer Sorge erfüllt. Mit dieser Entwicklung meine ich die Aufhebung von Grundrechten und die Abkehr von der Demokratie. (...) Uns geht es dabei um nichts anderes als Menschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, damit aber auch um die damit verbundene Glaubwürdigkeit von Organisationen, an denen wir beteiligt sind.“ Brandt dachte dabei an den Europarat und die NATO. In beiden war Griechenland Mitglied und beide hatten sich die Verteidigung der Demokratie auf die Fahne geschrieben. Nun war das auch zuvor schon nicht immer zum Nennwert zu nehmen gewesen. Portugal war bekanntlich eine Diktatur, bis 1974 Offiziere ihr ein Ende setzten, und zugleich war es schon lange Mitglied der NATO. Aber das konnte man gewissermaßen als Geburtsfehler hinnehmen; jedenfalls konnte Brandt diese Debatte nicht neu aufrollen.

Anders in Griechenland. Hier war eine Demokratie durch Obristen zerstört worden. Zugegeben: Die griechische Demokratie vor dem Putsch war alles andere als perfekt gewesen. Dies betonte auch eine Delegation von SPD-Parlamentariern, die im Februar 1968 das Land bereisten und der Parteiführung Bericht erstatteten. Ungeschminkt war auch ihr Urteil über die demokratische Opposition. Deren Vertretern warfen sie „illusionäres Denken“ vor. Es gebe keine Aussicht auf einen baldigen Sturz der Junta. Zum einen habe die Opposition keine Waffen, aber die Junta besitze durchaus auch Unterstützung in Teilen der Bevölkerung. Den Mittelstand und die Bauern nannten sie in diesem Zusammenhang. Auch die USA arbeiteten aus strategischen Gründen mit der Junta zusammen. Schließlich machten die SPD-Abgeordneten auf das Problem aufmerksam, dass bei

einem Rückzug der Bundesrepublik aus gemeinsamen Projekten andere westeuropäische Regierungen, aber auch solche aus Osteuropa bereitstünden, die Lücke zu schließen. Dennoch: Deutschlands Haltung war nicht ohne Belang. Im Gegenteil, so der Bericht: Beide Seiten, die Junta und die Opposition, schauten besonders auf die BRD. Sie besitze in Griechenland ein großes Gewicht. Am Ende des Berichts empfahl die Delegation, möglichst viele Delegationen ins Land zu schicken sowie mehr griechischsprachige Sendungen der Deutschen Welle und eine Überprüfung der deutschen Waffenlieferungen.

Willy Brandt plädierte für ein vorsichtiges Agieren. Schon das Eingangszitat hatte diese Haltung dokumentiert. Aber beim Werben um Zurückhaltung argumentierte Brandt nicht nur damit, auf diese Weise effektiver helfen zu können. Selbst gegenüber einer rechten Diktatur wie der der Obristen bezog er sich auf die NS-Vergangenheit Deutschlands, wenn er für Mäßigung plädierte. Ein Auszug aus dem Protokoll der Bundespressekonferenz vom 10. November 1967 zeigt dies: Basil Mathiopoulos sprach Brandt auf eine Äußerung des dänischen Außenministers an, der gesagt hatte, dass die Lage in Griechenland „eine Gefahr für die westliche Welt bilde“, und fragte nun Brandt: „Wie beurteilen Sie die Lage?“ Willy Brandt antwortete so: Zwischen dem dänischen Außenminister und ihm gebe es den Unterschied, „daß ich, ohne unter Minderwertigkeitskomplexen zu leiden, die aus der NS- Zeit herrühren, es immer noch für angebracht halte, daß die deutsche Politik eher still als lautstark ist dort, wo es um den Rat gegenüber anderen geht“. Ich werde auf diese bemerkenswerte Äußerung noch einmal zurückkommen.

Mehrfach sah sich Willy Brandt mit der Forderung konfrontiert, die Bundesregierung möge die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abbrechen. Nach Staatsstreichen und gegenüber Diktaturen taucht diese Forderung immer wieder auf. Brandt vertrat – nicht nur im Fall Griechenland – eine dezidiert konträre Position. Im Februar 1968 berichtete der Spiegel, der Parteivorsitzende und Außenminister habe einem solches Verlangen von Mannheimer Genossen entgegengehalten: Wer den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Athen fordere, "vertritt nicht die Interessen dieses Staates", also der Bundesrepublik. In der neuen, von ideologischen Hemmnissen freien Außenpolitik der Bundesregierung hätten diplomatische Beziehungen nichts mit der Billigung eines Regimes zu tun. Vermutlich dachte Brandt bei dieser Äußerung auch an künftige Beziehungen zu kommunistischen Diktaturen.

Auch auf der Falken-Bundeskonferenz im Mai 1969 sprach Brandt das Thema an. Erneut grenzte er sich von einer „ideologisch eingegengten Außenpolitik“ ab. „Wer nur mit demokratisch regierten Staaten Beziehungen unterhalten will, der muss wissen, dass er

dann nur mit dem kleineren Teil der Staaten dieser Welt verkehren kann. Diplomatische Beziehungen sind kein Gunstbeweis gegenüber anderen, sondern sie sind ein Instrument, um eigene Interessen zu vertreten“. Und weiter:

„Niemand darf glauben, dass ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Athen dem griechischen Volk zur Wiedererlangung seiner demokratischen Freiheiten verhelfen würde.“ Brandt spitzte dieses Argument so weit zu, dass er den Verfechtern des Abbruchs der Beziehungen vorwarf, leichtfertig Möglichkeiten zur Rettung Verfolgter aufzugeben. Zitat:

„Radikale Forderungen mögen gut sein, aber sie dürfen nicht auf Kosten von Menschenleben gehen.“

Wir alle kennen den Titel von Peter Merseburgers großer Brandt-Biographie: „Visionär und Realist“. Auf der Falken-Bundeskonferenz zeigte sich der Realist, der den Delegierten vorhielt: „Man darf sich den Realitäten nicht beugen, aber man darf sie auch nicht außer Acht lassen. (...) Man darf nicht scheuen, sich die Finger schmutzig zu machen, sondern muß arbeiten an dieser Wirklichkeit, um sie zu verändern.“

Eine derart dezidierte Absage an eine einseitig nur moralisch-ideologisch geleitete Außenpolitik war für Willy Brandt nur durchhaltbar – vor sich selbst und vor seinen Anhängern –, weil er sowohl auf der Ebene individueller Hilfe als auch im Rahmen der Parteiaktivitäten Akzente setzte, die deutlich zu erkennen gaben, was er von der Obristen-Diktatur hielt. Ende 1968 teilte er am Rande einer Tagung in Brüssel dem griechischen Außenminister seine Besorgnisse über einen politischen Prozess mit, der gerade in Athen lief. Im Anschluss daran informierte er Alfred Nau und Hans-Jürgen Wischnewski darüber, mahnte aber zugleich, von dieser Information „sollten wir nicht zuviel Gebrauch machen, aber bei geeigneter Gelegenheit kann die Form gewählt werden, daß ich gegenüber der griechischen Regierung tätig geworden sei.“

Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD im März 1968 erging ein Spendenaufruf für „bedrohte Demokraten“. Ein Jahr später war ein Betrag in sechsstelliger Höhe zusammengekommen, mit dem die SPD auf direktem Wege Gegner der Militärdiktatur unterstützen konnte. Auch Brandts Bereitschaft, als einer der ersten führenden Politiker Europas Andreas Papandreou zu empfangen und mit ihm in einen ständigen Austausch einzutreten, war eine solche Botschaft.

Eindeutige Signale sandte Brandt auch direkt an die Junta in Athen. Im Sommer 1969 lehnte er es ab, einen General als neuen griechischen Botschafter zu akkreditieren. Frankreich hingegen war dazu bereit, wie auch sonst die Regierung in Paris wenig am griechischen Militärregime auszusetzen hatte.

Große öffentliche Resonanz erregte eine Geste Willy Brandts im selben Jahr 1969. Hören wir seine eigene Schilderung: „Zu den Verdiensten, die mir nachgesagt wurden, gehörte ein simpler Akt des Nichtstuns. Bei einer Zwischenlandung auf dem Athener Flughafen im Frühjahr 1969, auf dem Weg zurück aus der Türkei, hatte ich es abgelehnt, das Flugzeug zu verlassen, um Begrüßungen durch das Regime zu vermeiden.“ Gesten wie diese bewiesen, dass eine realistische, in Brandts Worten unideologische Außenpolitik nicht gleichzusetzen war (und ist) mit dem Ignorieren moralischer Standards. Wer wollte (und will) findet Wege, beides unter einen Hut zu bringen und zu zeigen.

Im Oktober 1969 wurde Willy Brandt bekanntlich als erster Sozialdemokrat Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Walter Scheel sein Außenminister. Auch die griechischen Obristen bekamen die Neuausrichtung der bundesdeutschen Politik zu spüren. Immer noch war Griechenland Mitglied des Europarats. Auf der Europaratstagung im Dezember 1969 kündigte Außenminister Scheel an, seine Regierung werde für eine Suspendierung der griechischen Mitgliedschaft stimmen. Einen Ausschluss beabsichtigte auch die sozialliberale Regierung nicht. Mit dieser Differenzierung wollte sie zeigen, dass sie zwischen dem griechischen Volk und dem Militärregime zu unterscheiden wusste. Nach einem Sturz der Diktatur sollte das Land umgehend wieder vollberechtigtes Mitglied des Europarats sein, nicht einen neuen Aufnahmeantrag stellen müssen. Für die Dauer der Diktatur aber sollten die Mitgliedsrechte ruhen.

Mit Scheels Ankündigung war abzusehen, dass es eine Mehrheit für die Suspendierung geben würde. Athen zog die Reißleine und kündigte vor der Abstimmung von selbst die Mitgliedschaft im Europarat. Die griechischen Zeitungen, alle unter der Zensur der Obristen stehend, scheuten sich nicht, das Auftreten von Walter Scheel mit dem der Nazis dreißig Jahre zuvor gleichzusetzen: Alle Völker Europas hätten, so gab der „Spiegel“ die Athener Presse wider, die deutschen "Demokraten" im "Faschisten-Gewand" kennengelernt. Wir erinnern uns, was Willy Brandt Ende 1967 zur Last der deutschen Vergangenheit gesagt hatte. Auch wenn die griechischen Kommentare abstrus waren, musste die deutsche Außenpolitik doch immer wieder bedenken, dass die Nazi-Untaten als Waffe in der Propaganda auch noch vom unwahrscheinlichsten Gegner, hier einer rechtsradikalen Militärdiktatur, herangezogen werden könnten.

Anfang der 1970er-Jahre intensivierten sich die Kontakte der SPD zur griechischen Opposition, und insbesondere zur späteren PASOK – so jedenfalls ist das der Eindruck, den das Studium der Akten erweckt. Hans-Eberhard Dingels, der jahrzehntelange Internationale Sekretär der deutschen Sozialdemokraten, resümierte im April 1970, dass die Zusammenarbeit der SPD mit der griechischen Opposition über Andreas Papandreou laufe. Veronika Isenberg, Mitarbeiterin von Dingels, erinnerte sich Jahre später, dass auch Geld floss; Basil Mathiopoulos habe als Überbringer fungiert.

Im Januar 1971 verabschiedete der Nationalkongress der von Papandreou geführten Panhellenischen Befreiungsbewegung PAK – er tagte in Kanada – eine Resolution, in der es hieß: „Unsere Dankbarkeit und Genugtuung gelten Willy Brandt und seinem Kabinett in der Bundesrepublik für den Beschluss der Bundesregierung, jegliche bilaterale militärische Hilfe an die brutale Militärregierung Griechenlands einzustellen.“ Die anderen NATO-Länder wurden aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.

Die Ironie der Geschichte will es, dass wenige Tage zuvor der deutsche Botschafter in Athen, Peter Limbourg, in einem zusammenfassenden Bericht über die deutsche Griechenlandpolitik, die von Bonn verhängten wirtschaftlichen Sanktionen für gescheitert erklärt hatte. Zu diesen Sanktionen hatte auch ein Beschluss des Bundestages vom April 1968 gehört, keine bilateralen militärischen Hilfeleistungen mehr zur Verfügung zu stellen. Nur die im Rahmen der NATO eingegangenen multilateralen Verpflichtungen sollten noch erfüllt werden. Limbourg erläuterte nun fast drei Jahre später, dass „andere Staaten – nicht zuletzt Verbündete – nur zu gerne bereit waren, die deutsche Position einzunehmen.“ Wir erinnern uns: Davor hatten bereits Anfang 1968 die SPD-Parlamentarier nach ihrem Besuch in Griechenland gewarnt.

Insgeheim wurden nun auf Betreiben des Auswärtigen Amtes die bilateralen Rüstungslieferungen wiederaufgenommen – das legen jedenfalls Dokumente aus der Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ nahe. Unklar ist, ob und inwieweit Kanzler Brandt einbezogen wurde. Angesichts der Tragweite der Entscheidung ist schwer vorstellbar, dass Scheel an Brandt vorbei agierte.

Unverändert blieb es aber beim Engagement für verfolgte Demokraten. Spektakulär war die Rettungsaktion für den von der Junta inhaftierten Oppositionspolitiker Georgios Mangakis. Basil Mathiopoulos berichtete in einem Vortrag vor unserer, der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Mangakis habe mit Hilfe des deutschen Botschafters in Athen während eines ihm aus gesundheitlichen Gründen erlaubten kurzen Aufenthalts außerhalb des Gefängnisses vom NATO-Militärflughafen „Hellinikon“ aus von Athen in die Bundesrepublik fliehen können. Noch mehr: Mangakis wurde von einem Bundeswehrflugzeug ausgeflogen. Die Junta sei wütend gewesen, und insbesondere Stylianos Pattakos, einer der führenden Obristen, habe mit Konsequenzen gedroht. Das griechische Volk dagegen sei begeistert gewesen von der Solidarität der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland wurde Mangakis Justizminister.

Etwas Wasser muss ich in diesen griechischen Wein gießen: Schon damals berichtete die Presse, z. B. die „Zeit“, nicht nur, dass der amerikanische Botschafter ebenfalls an der Aktion beteiligt war, sondern auch, dass die Ausreise von Mangakis vermutlich mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papadopoulos abgesprochen war. Dieser habe aber seinen Vertreter und Opponenten, den Hardliner Pattakos, nicht ins Vertrauen gezogen. Aus dieser Ecke kamen dann die wütenden Proteste.

Weniger erfolgreich waren Bemühungen von Willy Brandt, den Oppositionspolitiker Georgios Mavros, Minister mehrerer demokratisch gewählter Regierungen in Athen, der im März 1974 auf die KZ-Insel Jaros deportiert worden war, freizubekommen. Nach dem Ende der Diktatur wurde Mavros Außenminister und Mitbegründer der Zentrumsunion. Er und andere Mitglieder dieser Zentrumsunion gehörten zu den Kontakten der SPD, nachdem die Obristen-Herrschaft an ihr verdientes Ende gekommen war. Eine andere Gruppe, mit der die deutschen Sozialdemokraten damals kooperierten, war die Demokratisch-Sozialistische Union. Beide Strömungen konnten aber auf Dauer nicht mit der PASOK mithalten. Mit ihr blieb die SPD in Verbindung, aber eine wirklich freundschaftliche Beziehung wurde daraus erst viel später.

Was bleibt als Fazit? Willy Brandts Umgang mit der griechischen Militärdiktatur und seine Haltung zu den Kräften des Widerstands ist ein Musterbeispiel für den Spagat zwischen diplomatisch gebotener Realpolitik und den Prinzipien der internationalen Solidarität, die für Brandt als Spross der deutschen Arbeiterbewegung selbstverständlich waren. Hier wie in vielen anderen Fällen, bis in die Achtzigerjahre, entschied sich Brandt dafür, in der Öffentlichkeit der Rolle des Diplomaten Vorrang einzuräumen, denn er wollte und konnte nur im vorgegebenen Rahmen der internationalen Politik und mit den Partnern, die er vorfand, agieren. Aber hinter den Kulissen setzte er zahlreiche Hebel in Bewegung, um Verfolgten zu helfen. Dieses Vorgehen unterschied sich erheblich von der Menschenrechtsoffensive, die US-Präsident Jimmy Carter Mitte der Siebzigerjahre in Gang setzte. Bei ihr hatten nicht wenige Beobachter den Eindruck, es gehe mehr um die Verbesserung des Ansehens der USA als um das weltweite Eintreten für Menschenrechte.

Und noch etwas war typisch für Brandt: Bei den Beziehungen mit Regierungen dachte er auch immer an die Beziehungen mit den Völkern. Da konnte er nicht zur Seite schieben, was Deutschland unter den Nazis den anderen Völkern Europas angetan hatte. Gerade im Umgang mit kleinen Ländern war ihm das eine wichtige Leitschnur. Rücksicht und Taktgefühl waren gefordert. Auch heute noch könnte sich manch deutscher Politiker an diese Maxime erinnern.

Der Autor:

Dr. Bernd Rother

geboren 1954, Historiker, Studium und Promotion an der TU Braunschweig, Stipendiat der FES, 1985-1999 in verschiedenen Forschungsprojekten tätig, seit 1999 bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin, dort stellv. Geschäftsführer, bis zur Auflösung 2018 im Vorstand der Historischen Kommission der SPD

Veröffentlichungen: Franco und der Holocaust (2001), Willy Brandts Außenpolitik (2014), Willy Brandt and International Relations (2018)